

## Factsheet

20. März 2024

### **Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»**

Die Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» gelangt am 9. Juni 2024 zur Abstimmung.

#### **Ebene**

eidgenössisch  kantonal  kommunal

#### **Inhalt des Geschäfts (Ausgangslage, Ausgestaltung, Ziele)**

Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei verlangt, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bezahlen muss. Um dies zu erreichen, sollen Bund und Kantone mehr zur Prämienverbilligung beitragen. Der Bund soll mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, die Kantone den Rest. Gemäss Bundesrat würden sich die Mehrkosten 2026 auf 6,5 Milliarden Franken belaufen, im Jahr 2030 wären es 8,2 Milliarden Franken.

Der Bundesrat lehnt die Prämien-Entlastungs-Initiative ab, da der Bund neu viel mehr für die Prämienverbilligung zahlen müsste als bisher. Das ist aus Sicht des Bundesrates falsch, weil die Kantone die Gesundheitskosten entscheidend beeinflussen, etwa bei der Spitalplanung. Zudem bekämpfe die Initiative nicht die Ursachen der hohen Gesundheitskosten.

Der vom Parlament beschlossene indirekte Gegenvorschlag sieht eine Entlastung von rund 360 Mio. Franken vor. Mit diesem Gegenvorschlag werden die Kantone verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Die Kantone müssen zudem festsetzen, welchen Anteil die Prämie am verfügbaren Einkommen der Versicherten mit Wohnort im Kanton höchstens ausmachen darf. Der Gegenvorschlag tritt dann in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird und der Gegenvorschlag nicht erfolgreich mit einem Referendum bekämpft wird.

#### **Betroffenheit für KMU- und Gewerbe**

gross  mittel  klein

Der Bund und der Kanton Zürich müssten bei einem Ja zur Initiative hohe Mehrausgaben tragen. Ohne Steuererhöhungen wären diese wohl nicht aufzufangen. KMU würden belastet.

#### **Qualitative Beurteilung**

Angesichts der angespannten Bundes- und Kantonsfinanzen kann es nicht angehen, Mehrausgaben zulasten der öffentlichen Finanzhaushalte in der Höhe von einigen Milliarden Franken jährlich zu beschliessen. Insbesondere der Bund wäre nicht in der Lage, solche Mehrausgaben zu tragen oder durch Sparprogramme aufzufangen. Steuererhöhungen wären wohl unumgänglich. Der Gegenvorschlag begegnet den steigenden Prämien zu einem gewissen Grad, ohne den Bund und die Kantone in grosse finanzielle Schwierigkeiten zu bringen. Die Kantone werden mit dem Gegenvorschlag stärker in die Pflicht genommen.



KMU- UND  
GEWERBEVERBAND  
KANTON ZÜRICH

## Zeitplan des Politprozesses (Milestones)

Die Abstimmung findet am 9. Juni statt.

### Befürworter

SP, Grüne

### Gegner

SVP, FDP, Mitte, glp

### Pro

- Prämien belasten weite Kreise der Bevölkerung

### Kontra

- Hohe Mehrkosten für Bund und Kantone
- Steuererhöhungen könnten die Folge sein
- Grundproblem der steigenden Gesundheitskosten wird mit Initiative nicht angepackt
- Teilzeit könnte durch zusätzliche Prämienverbilligungen attraktiver werden
- Kanton Zürich gibt heute bereits 1.2 Mrd an Prämienverbilligungen aus

### Massnahmen KGV

- Parolenfassung
- Beitrag KGV-Newsletter
- Redaktionelle Beiträge «Zürcher Wirtschaft»
- aktive Mitarbeit an Kampagne (u.a. Leserbriefe, Medienarbeit, Information der Sektionen)
- Kampagnenlead
- finanzielle Unterstützung für Nein Kampagne
- weitere

### Antrag

Der Vorstand empfiehlt die Nein-Parole.